

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: Pulsnitzer Zeitungsgesellschaft, Pulsnitz, Hauptstraße 18. Tel.-Nr.: 235. Bezugspreis: 1,20 RM wöchentlich. Bezugspreis: 2,40 RM monatlich. Bezugspreis: 24,00 RM vierteljährlich. Bezugspreis: 84,00 RM halbjährlich. Bezugspreis: 168,00 RM jährlich. Bezugspreis: 1,20 RM wöchentlich. Bezugspreis: 2,40 RM monatlich. Bezugspreis: 24,00 RM vierteljährlich. Bezugspreis: 84,00 RM halbjährlich. Bezugspreis: 168,00 RM jährlich.

Wochenblatt

Postkonten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteinstellung an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Vertriebsanstalten, hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend.



Anzeigen-Grundzahlen in 1000: Die 41 mm breite Zeile (Masse's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 1/2, in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 1/2; amtlich 1 mm 30 1/2 und 24 1/2; Reklame 25 1/2. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tag Aufnahme.

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichts ist: Pulsnitz, Pulsnitz R. S., Großhörn, Dretzig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Tschelndorf, Mittelbach, Großnaundorf, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. S. Försters Erben (Inb. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 252

Freitag, den 26. Oktober 1928

80. Jahrgang

Das Wichtigste

Auf der 6. Bundestagung des Deutschen Beamtenbundes sprach Reichsinnenminister Severing über Rechte und Pflichten des Berufsbeamten.
Der Reparationsagent hatte eine Besprechung mit dem Reichsfinanzminister Hilferding.
Der Berliner Börsenzeitung hört, ist der Parteivorstand der D. S. P. unter dem Vorsitz des Reichsaussenministers Dr. Stresemann auf den 1. November nach Heidelberg einberufen worden.
Die Ratifikationsurkunden des deutsch-französischen Freundschafts-, Handels- und Schiffsverkehrsvertrages vom 7. April 1928 sind in Bangsaf am Mittwoch ausgetauscht worden. Der Vertrag ist damit an diesem Tage in Kraft getreten.
Der bei Kap Spartivento auf Grund gelaufene Boermann-Dampfer „Adolph Boermann“ ist 8577 Bruttoregistertonnen groß und im Jahre 1922 auf der Werft von Blohm & Voß in Hamburg gebaut. Der Dampfer hat etwa 150 Fahrgäste an Bord.
Im Zusammenhang mit dem Besuch des Reparationsagenten Parter Gilbert beim Reichsfinanzminister Hilferding teilt der „Vorwärts“ mit, daß die in Aussicht genommene Sachverständigenkommission zunächst in Paris zusammentreten und dann nach der Vorbereitung ihrer Arbeiten nach Berlin überföhrten werde.
Der Nobelpreis für Medizin für das Jahr 1928 wurde am Donnerstag dem Direktor des Pasteur-Institutes in Tunis, Prof. Nicolle, verliehen.

Vertliche und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Kraftwagen-Verbindung.) Am Sonntag, den 28. Oktober, werden auf der Kraftpostlinie Kamenz-Pulsnitz folgende besondere Fahrten ausgeführt: Ab Kamenz (Postamt) 13⁰⁰ und 14⁰⁰ über Gersdorf-Möhrsdorf-Obersteina-Niedersteina an Pulsnitz (Hauptmarkt) 13⁰⁰ und 15⁰⁰. Ab Pulsnitz (Hauptmarkt) 13⁰⁰ und 15⁰⁰ über Niedersteina-Obersteina-Möhrsdorf-Gersdorf an Kamenz (Postamt) 14⁴⁵ und 16⁰⁰. Montag, den 29. Oktober: Ab Kamenz (Postamt) 13⁰⁰ an Pulsnitz 14⁰⁰, ab Pulsnitz (Hauptmarkt) 14⁰⁰ an Kamenz (Postamt) 15⁰⁰, über Gersdorf-Möhrsdorf-Niedersteina.

Pulsnitz. (Volksbildungsverein) Zeppelin in Amerika! So lauteten die Berichte der Zeitungen. Wem schweben da nicht Wolkenkratzer, Namen wie Ford und Taylor vor Augen. Am Montag, den 29. Oktober, 20 15 Uhr will uns Herr Prof. Lutz aus New-York an der Hand zahlreicher Lichtbilder dahin führen. Jedermann herzlich willkommen.

Lichtenberg. (Kirmes-Sonderfahrten nach Lichtenberg.) Aus Anlaß der Kirmes in Lichtenberg am 28. Oktober werden außer den regelmäßigen Fahrten der Kr.-Linie Nabeberg-Pulsnitz noch außergewöhnliche Fahrten ausgeführt. (Vgl. Fahrplan an den Haltestellen der Kr.-Linie.)

Kamenz. (Wochenmarkt.) Auf dem gestrigen Wochenmarkt kosteten u. a. Blumentohl 20,- Spinat 30, Zwiebeln 20, Möhren 15, Rotkraut 20, Weißkraut 15, Kartoffeln 5 und 6, Salatkartoffeln 12, Tomaten 30-35, Pflaumen 35, Birnen 10-25, Äpfel 20-40, Pfirsiche 60-80, Wein 40-50 Pfg. das Pfund, schwarze Rettiche 10, Kohlrabi 10-15 Pfg. das Stück, Gänse 105-120 Pfg. das Pfund.

Rönigsbrück. (Vom Auto angefahren.) Der 10-jährige Sohn der Fleischermeisterwitwe Clausniger wollte am Dienstag nachmittag mit dem Rabe vom Markte in die Poststraße einbiegen und wurde infolge falschenfahrens von einem aus entgegengesetzter Richtung kommenden Auto erfasst und vom Rabe geschleudert, wo er mit bedenklicher Verletzung liegen blieb.

Bautzen. (Der Haushaltplan der Stadt Bautzen) für 1928 weist 6 107 110 RM Ausgaben und 5 493 110 RM Einnahmen, mithin einen ungedeckten Fehlbetrag von 614 000 RM nach. Die Einnahmen aus den städtischen Betrieben und Unternehmen werden mit 610 000 RM angenommen.

Bautzen. (Schutzpolizei gegen einen Auto-omnibus.) Eine private Autoomnibuslinie zwischen Bautzen, Varuth und Kreisberg wurde jetzt behördlicherseits aufgelöst, indem ein Kommando Schutzpolizei früh den Wagen beschlagnahmte. Der Unternehmer hatte den Betrieb aufrecht erhalten, obwohl ihm das untersagt worden war, da die Postverwaltung jetzt eine Linie auf der gleichen Strecke unterhält.

Bautzen. (Verwendung der Grenzlandspende.) Nach einer Verfügung des sächsischen Innen-

Ministerreden auf der Bundestagung des Deutschen Beamtenbundes

War England genötigt in den Krieg einzutreten?

Berlin. In einer Kundgebung, die der Deutsche Beamtenbund am Donnerstag abhielt, gedachte der Bundesvorsitzende Flügel der Brüder in den abgetretenen und besetzten Gebieten und fand scharfe Worte gegen die Vergewaltigung Deutschlands.

Reichsinnenminister Severing

erklärte dann in einer Rede, das Reich denke nicht daran, das Berufsbeamtentum abzuschaffen. Er erkenne seine Verdienste voll an. Er ging auf den Wunsch des Vorsitzenden, das Beamtengesetz vom Reichstag baldigst verabschieden zu lassen, ein und äußerte sich, er teile diesen Wunsch. Er werde aber warten, bis er alle Vorlagen dem Hause zuleiten könne.

Neben der Vereinfachung müsse die Verbilligung der Verwaltung stehen.

Man müsse mit der Abschaffung von Funktionen beginnen und Vereinfachung des Reiches, der Länder und Gemeinden erstreben. Die Entwicklung des Landes zwingt uns zur Verbilligung und dadurch zur Verwaltungsreform. Von hohem Interesse waren die Ausführungen des Ministers, die die politischen Rechte der Beamten berührten. Nicht alle Berufsbeamten, so meinte Severing, stünden zur Republik. Ein junges Staatswesen habe sich gegen die Unterminierung seiner Mauern zu schützen. Die Regierung habe die Pflicht, zu untersuchen, ob sich in den in Frage kommenden Organisations- und Berufsbeamten befänden. Das Republikshutgesetz gebe die Handhabe, um gegebenenfalls gegen Beamte vorzugehen. Der Minister forderte den Bund auf, die Berufsbeamten auf den richtigen Weg zu bringen.

Auch der preussische Minister Höpker-Aschhoff beschäftigte sich mit der Verwaltungsreform und betonte, man müsse die Gesetzgebung auf dem Wege des Beamtengesetzes vereinfachen, um so zum Einheitsstaat zu kommen. Er wünschte vom Beamtentum, es solle sich für den Einheitsstaat einsetzen.

Probleme der Verwaltungsreform im Reich und in den Ländern behandelte Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. v. Dulzig. Er wies darauf hin, daß die Beamten nicht daran schuld seien, daß Deutschland sich nicht zum Einheitsstaat entwickelt habe. Die Verwaltungsreform dürfe nicht gegen die Beamtenschaft, sondern sie müsse mit ihr durchgeführt werden, damit

die Beamtenschaft nicht nur Objekt der Gesetzgebung sei, sondern schon bei der Bearbeitung der Entwürfe mitwirke. Mechanisierung und zahlenmäßiger Abbau ohne Behördenabbau und Vereinfachung führe nur gleichzeitig zur Verteuerung und Verschlechterung der Verwaltung.

Für die übrigen Parteien sprach der Abgeordnete Lude von der Wirtschaftspartei. Der Vorsitzende des Beamtenbundes im Saargebiet, Rector Schneider, deckte die Gefahren auf, die dem Saargebiet drohen. Die Franzosen hätten ansehend den Wunsch, durch den Völkerbund in einen dauernden Besitz des Saargebietes zu kommen.

Dann erst kamen die für die Kundgebung vorgesehenen Redner zu Wort. Zunächst sprach der sozialdemokratische ehemalige Reichsminister Dr. David über das Thema „Der Beamte im Volksstaat“. Er ging auf den Unterschied zwischen dem früheren und dem jetzigen Regierungssystem ein. Ausführlieh beschäftigte er sich mit der Freigabe des höheren Schul- und Ausbildungsweffens für die befähigten Kinder der armen und ärmsten Eltern. Die Gehälter der breiten Schichten der Beamten seien unzureichend.

War England genötigt, in den Krieg einzutreten?

Berlin, 26. Oktober. Die „Vossische Zeitung“ meldet aus London: Der Reorganisator der Liberalen Partei, Sir Herbert Samuel, nimmt in einem sensationellen Artikel

ministeriums daß die Summe von 200 000 Mark, die der Stadt Bautzen aus der Grenzlandspende zur Erweiterung ihres Stadtmuseums gewährt worden ist, nur zu diesem Zwecke Verwendung finden. Die Stadtverordneten hatten die Verwendung der Mittel zu anderen Bauten gewünscht.

Dresden. (Sachsens Stellung zu den Anträgen der Reichsregierung zur Reichsreform.) In der Mittwoch-Sitzung der Länderkonferenz in Berlin brachte der sächsische Ministerpräsident Heldt zu den Anträgen der Reichsregierung zur Reichsreform folgenden Antrag ein:

im „Manchester Guardian“ zu der Frage Stellung, ob England genötigt gewesen wäre, an Frankreich und Rußlands Seite in den Weltkrieg einzutreten. Er macht von der bisher fast unbekannt gebliebenen Tatsache Mitteilung, daß im Jahre 1912 zwischen englischen und französischen Staatsmännern eine Aussprache über die Frage stattgefunden habe, inwiefern England moralisch oder rechtlich durch die Entente gebunden sei. Im Jahre 1912 habe England eine Mitteilung an Frankreich gelangen lassen, wonach keinerlei Verpflichtungen Englands beständen, Frankreich oder Rußland Bündnishilfe zu leisten. Ein Teil des Kabinetts, so erzählt Samuel, habe sich den Kopf darüber zerbrochen, ob England auch dann an der Seite von Frankreich zum Schutz seiner eigenen berechtigten Interessen in den Krieg eintrete.

Das Ergebnis der Länderkonferenz.

Einsetzung von zwei Unterausschüssen.

Berlin. Der Ausschuß der Länderkonferenz für Verfassungs- und Verwaltungsreform hat beschlossen, zur weiteren Behandlung der Fragen und zur Erzielung von bestimmten Vorschlägen für Lösungen der einzelnen Probleme zwei Unterausschüsse einzusetzen.

Die Einsetzung der beiden Unterausschüsse wurde in einer Auslassung begründet, in der dem ersten Unterausschuss die Aufgabe gestellt wird, Vorschläge über die territoriale Gliederung des Reiches zu machen, während der zweite Ausschuss die Möglichkeit einer klaren Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Reich und Ländern und der Behebung des Dualismus zwischen Reich und Preußen untersuchen und die Regelung der Verwaltungsaufgaben prüfen soll. Für die Arbeiten des zweiten Ausschusses hatte Bayern einen Abänderungsantrag eingebracht, der jedoch nicht durchgeführt. Die beiden Unterausschüsse unter dem Vorsitz des Reichsinnenministers setzen sich zusammen aus je drei Mitgliedern des Reichskabinetts, sechs Vertretern der Länder und zwei beamteten Sachverständigen. Die Unterausschüsse sollen in der ersten November-Woche durch den Reichsinnenminister zur Konstituierung einberufen werden.

Parter Gilbert beim Reichsfinanzminister.

Berlin. Der Reparationsagent Parter Gilbert hatte am Donnerstag bereits eine Unterredung mit dem Reichsfinanzminister Dr. Hilferding.

Das Ergebnis der Verhandlungen des Reparationsagenten scheint weder über die materielle Behandlung des Reparationsproblems, noch auch über die technischen Voraussetzungen zur Einberufung der Sachverständigenkonferenz ein Ergebnis gebracht zu haben. Offenbar hat man in Paris, London und Brüssel den Versuch gemacht, von vornherein die Verhandlungen der Sachverständigenkonferenz dadurch in ein für die Entente günstiges Fahrwasser zu leiten, daß man inoffiziell bestimmte Forderungen erhoben hat. Das würde bedeuten, daß die Sachverständigenkonferenz nicht unter dem Gesichtspunkt einer Prüfung der Leistungsfähigkeit Deutschlands, sondern unter dem Gesichtspunkt des Aushandelns von Vorschlägen und Forderungen stattfindet.

14stündiges Gefecht in Mexiko

Nach Meldungen aus Mexiko-Stadt haben 300 Aufständische die Stadt Matlan im Staate Jalisco angegriffen. Es entspann sich ein 14stündiges Gefecht mit einer Abteilung Bundesstruppen. Die Aufständigen mußten sich schließlich unter Hinterlassung von ungefähr 20 Toten zurückziehen. Die Bundesstruppen hatten 3 Tote und mehr als 10 Verwundete zu beklagen.

„Der Ausschuss nimmt von der Erklärung der Reichsregierung Kenntnis und bemerkt zu § 7 folgendes: Das Reich ist in der Schaffung reichsweiser Verwaltungszweige über das erforderliche Maß bereits hinausgegangen. Die Aufgabenverwaltung erscheint nur dann geeignet, dieser Entwicklung schon jetzt entgegenzuwirken, wenn Sicherheit gegeben wird, daß der gegenwärtige Besitzstand der Länder an eigenen Aufgaben erhalten bleibt und überdies einzelne Verwaltungszweige des Reiches in Aufgabenverwaltungen umgewandelt werden. Gleichzeitig muß Vorjorge getroffen werden, daß